

Bericht der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission an den Landrat

betreffend Zwischenbericht zu den beiden Postulaten 2023/498 «Stopp den Prämienanstieg – Fiasko Spitalinfrastrukturen frühzeitig abwenden» sowie 2023/621 «Eine verbindliche Kooperation der Spitäler der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt»

2025/230

vom 13. August 2025

Das Wichtigste in Kürze	
Inhalt der Vorlage	Der auf der Grundlage von zwei Postulaten erstellte Zwischenbericht des Regierungsrats diene der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission in erster Linie als Diskussionsbasis für die beiden vom Baselbieter Regierungsrat bevorzugten Varianten über die Zukunft des Kantonsspitals Baselland (KSBL): «Grüne Wiese» und «Fokus plus ambulant». Der Regierungsrat legt in seinem Bericht dar, weshalb diese beiden Optionen vielversprechende Perspektiven bieten, um die stationäre Gesundheitsversorgung des Kantons auf eine betriebswirtschaftlich solide Basis zu stellen. Ein zentrales Element ist dabei die Etablierung eines Netzwerks an Gesundheitszentren und anderer ambulanter Gesundheitsdienstleister.
Beratung Kommission	Die Kommission wurde in mehreren Sitzungen über das Ergebnis der Strategie- und Variantenüberprüfung für das KSBL informiert. Sie gelangte zum Schluss, dass die grundsätzliche Stossrichtung des Regierungsrats zu unterstützen sei. Auf Wunsch der Kommission veranlasste die Direktion eine vertiefte Prüfung der Variante «Rückzug auf den Standort Liestal (Regionalspital)». Diese schnitt jedoch in sämtlichen relevanten Kriterien schlechter ab und soll daher nicht weiterverfolgt werden. Unbestritten ist für die Kommission hingegen die Wichtigkeit einer forcierten Ambulantisierung und des Ergebnisverbesserungsprogramms für das KSBL. Für Details wird auf das Kapitel Kommissionsberatung verwiesen.
Antrag an den Landrat	Die Kommission beantragt dem Landrat mit 13:0 Stimmen Zustimmung zum geänderten Landratsbeschluss. Zum Landratsbeschluss gemäss Kommission.

1. Ausgangslage

Mit seinem Zwischenbericht berichtet der Regierungsrat auf der Grundlage zweier Postulate über die Möglichkeiten für regionale Kooperationen im Bereich der stationären Gesundheitsversorgung. Das erste Postulat, am 14. September 2023 von Saskia Schenker eingereicht, fordert den Regierungsrat auf, den Umbau der Spitallandschaft «stationär zu ambulant» im Kanton Basel-Landschaft und innerhalb der Gesundheitsregion mit Basel-Stadt voranzutreiben, so dass effizientere, kostengünstigere Strukturen entstehen und das Prämienwachstum gedämpft werden kann. Das zweite Postulat, eingereicht am 16. November 2023 von Lucia Mikeler, fordert Verhandlungen mit dem Kanton Basel-Stadt für einen neuen Staatsvertrag sowie die Aufnahme einer verbindlichen Kooperation zwischen dem Kantonsspital Baselland und dem Universitätsspital Basel.

Der Zwischenbericht diente der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission zur Diskussion der beiden vom Regierungsrat favorisierten Varianten über die Zukunft des Kantonsspitals Baselland (KSBL) «Grüne Wiese» und «Fokus plus ambulant».

Die «Grüne Wiese» ist eine von insgesamt neun strategischen Varianten, die vom Regierungsrat und dem KSBL in den Monaten vor November 2024 einer eingehenden Überprüfung unterzogen wurden. Die Variante sieht einen Spital-Neubau an einem einzigen Standort im mittleren Baselbiet vor. Dafür werden derzeit zwei Standorte in Pratteln, «Salina Raurica» und «Bredella Ost», näher geprüft. Ziel ist es, bis Ende 2025 die Ergebnisse der Standortprüfung und der Machbarkeitsstudien sowie des Finanzierungsbedarfs vorzulegen. Im Gegensatz dazu sieht die Variante «Fokus plus ambulant» vor, an den bisherigen Standorten Bruderholz und Liestal festzuhalten. Zudem zeigt sich der Regierungsrat in beiden Varianten offen für die Weiterentwicklung eines dezentralen, forciert ambulanten Versorgungsansatzes in Form von Ambulatorien und Kooperationen mit anderen Gesundheitseinrichtungen.

Die Direktion liess die Evaluationsergebnisse durch eine externe Zweitmeinung (Second Opinion) überprüfen. Das Prüfteam von PricewaterhouseCoopers (PwC) bestätigte darin die Priorisierung der zwei Varianten, während es hinsichtlich der geplanten Ambulantisierung noch grösseres Potential zur Verlagerung von stationären Fällen in den ambulanten Bereich sah.

Der vorliegende Zwischenbericht verweist in Bezug auf den ersten Vorstoss von Saskia Schenker auf die im Rahmenkonzept von «Gesundheit BL 2030» beschriebene forcierte Ambulantisierungsstrategie. Ergänzend dazu bietet die «Dialogplattform Gesundheit» die Möglichkeit, gemeinsam mit den Leistungserbringern, Verbänden und Organisationen aus dem Gesundheitsbereich weitere Massnahmen zu entwickeln. In Gesprächen mit Versicherern sollen zudem Potentiale für Versicherungsmodelle erörtert werden.

In Erfüllung des Vorstosses von Lucia Mikeler wurde, noch während der Prüfarbeiten durch die Direktion, beim Gesundheitsdepartement Basel-Stadt mehrfach angefragt, ob aus dessen Sicht ein strategierelevantes Kooperationspotential zwischen dem KSBL und dem Universitätsspital (USB) bestünde, um substantielle Einsparungen bei den von beiden Spitälern geplanten Infrastrukturkosten erzielen zu können. Am 23. September 2024, kurz vor der Veröffentlichung des Rahmenkonzeptes «Gesundheit BL 2030», erteilte das Gesundheitsdepartement Basel-Stadt eine Absage hinsichtlich möglicher Kooperationen für die stationäre Infrastruktur, da «kaum investitionsrelevantes Synergiepotential» bestehe. Diese Rückmeldung bestärkte den Regierungsrat Basel-Landschaft darin, in der stationären Gesundheitsversorgung einen eigenen Weg einzuschlagen. In Bezug auf den ambulanten Bereich – siehe Postulat Saskia Schenker – könne laut Basel-Stadt noch keine Aussage gemacht werden.

In Kenntnis dieser Rückmeldung und der Ergebnisse aus der Evaluationsphase beschloss der Regierungsrat, zwei betrieblich tragfähige und aus Versorgungssicht funktionierende Varianten weiterzuverfolgen: «Fokus plus ambulant» und «Grüne Wiese». Mit diesem Zwischenbericht erhofft sich der Regierungsrat vom Landrat eine grundsätzlich zustimmende Haltung zum vorgeschlagenen Vorgehen und somit zur strategischen Ausrichtung des KSBL.

Für Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen.

2. Kommissionsberatung

2.1. Organisatorisches

Die Kommission behandelte die Vorlage an ihrer Sitzung vom 20. Juni 2025 in Anwesenheit von Regierungsrat Thomi Jourdan und VGD-Generalsekretär Olivier Kungler. Die Direktion war weiter vertreten durch Jürg Sommer, Leiter Amt für Gesundheit, Michael Steiner, Leiter Abt. Spitäler und Therapieeinrichtungen, sowie Tobias Lüscher, zuständig für Controlling der Beteiligungen. Vom Kantonsspital Baselland (KSBL) standen der Kommission Verwaltungsratspräsidentin Barbara Staehelin sowie der neue CEO Lukas Rist und der neue CFO Mathias Rechsteiner zur Verfügung. Philip Sommer von PwC, der mit der Prüfung der Variante Rückzug (Regionalspital) beauftragt war, wurde per Webex zur Sitzung geschaltet.

2.2. Eintreten

Eintreten auf die Vorlage war unbestritten.

2.3. Detailberatung

Im November 2024 wurden der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission erstmals die Ergebnisse der Strategieüberprüfung KSBL vorgestellt. Insgesamt wurden neun Varianten sowie Subvarianten durch die Projektorganisation einer Evaluation unterzogen. Am Ende verblieben zwei betrieblich tragfähige und aus Versorgungssicht funktionierende Varianten: «Fokus plus ambulant» und «Grüne Wiese».

Die Kommission liess sich in mehreren Sitzungen über das Ergebnis informieren und kam zum Schluss, dass die vom Regierungsrat festgelegte Stossrichtung grundsätzlich zu unterstützen sei. Die Kommission anerkannte und verdankte die immense Arbeit, die ihr eine fundierte Entscheidungsgrundlage ermögliche. Einzelne Mitglieder kritisierten aber auch, dass die VGK während der Vorarbeiten nicht in den Prozess einbezogen war und sie nur noch vom Ergebnis Kenntnis nehmen konnte. An ihrer Sitzung vom 16. Mai 2025 entschied die VGK deshalb mit 11:1 Stimmen bei einer Enthaltung, dass von den sieben vom Regierungsrat ausgeschlossenen Varianten die Variante «Rückzug auf den Standort Liestal (Regionalspital)» zusätzlich einer vertieften Prüfung zuzuführen sei. Andere Varianten (Verkauf, Verzicht, Fusion mit USB) wurden zwar diskutiert, für den weiteren Verlauf aber nicht berücksichtigt.

Der vorliegende Zwischenbericht soll es der Kommission und dem Landrat ermöglichen, offiziell zu den Ergebnissen der Evaluation und der allgemeinen Stossrichtung im Hinblick auf die Transformation der Gesundheitsversorgung im Kanton Stellung zu nehmen.

– Rückzug vom «Rückzug»

Die mit der Prüfung beauftragte PwC, die bereits die vorherige Variantenwahl validierte, stellte an der VGK-Sitzung vom 20. Juni 2025 ihre Erkenntnisse vor. Zusammengefasst kann gesagt werden, dass die Variante «Rückzug» in verschiedenen Bereichen schlechter abschneidet als die beiden vom Regierungsrat favorisierten Varianten. Der «Rückzug» führt zu einer Konzentration des stationären Angebots in Liestal und einer Verkleinerung des heutigen Leistungsangebots; der Standort Bruderholz würde wegfallen. Es wird damit gerechnet, dass rund 15 % der Fälle, die heute am Bruderholzspital behandelt werden, nach Liestal umgelenkt werden könnten. Insgesamt gingen dem KSBL damit schätzungsweise 10'000 Fälle (mehrheitlich aus dem unteren Baselbiet) verloren, weshalb bei dieser Variante auch von einem «Regionalspital» gesprochen wird.

Der Finanzbedarf wäre mit CHF 828 Mio. (gegenüber CHF 1'019 Mio. für die «Grüne Wiese») zwar geringer, insgesamt aber würde ein Systemmehraufwand resultieren, berücksichtigend, dass viele Patienten ins teurere USB abwandern würden. Bei einem Rückzug fehlt der notwendige Cash-Flow aus dem Standort Bruderholz, weshalb der EBITDA über die gesamte Planungsperiode unter der für das betriebliche Überleben notwendigen Grösse verbliebe. Damit drohen ein permanenter Kapitaleinschuss sowie höhere Abgeltungen für gemeinwirtschaftliche Leistungen (GWL).

Das beschränkere Leistungsangebot würde Weiterbildungsmöglichkeiten reduzieren und das Spital für Fachkräfte weniger interessant machen, was zu einer ungewollten Fluktuation von Personal führen könnte; für kleinere Teams wäre die Belastung insbesondere in der Nacht und an den Wochenenden erhöht. Zudem müsste die bisherige Bauplanung am Standort Liestal überarbeitet werden, was zu einem Zeitverzug von ca. zwei Jahren führen würde.

Aus den genannten Gründen sprach sich die Kommission in einer Abstimmung einstimmig dafür aus, die Variante «Rückzug» nicht weiterzuverfolgen, was sie in einer [Medienmitteilung](#) am selben Tag auch kommunizierte.

– *Kommission bestätigt die strategische Ausrichtung des KSBL*

In bislang 13 Sitzungen (seit dem 8. November 2024) hat sich die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission aus unterschiedlichen Perspektiven mit dem im Rahmenkonzept «BL Gesundheit 2030» dargelegten Szenarien und Inhalten auseinandergesetzt. Eine ausführliche inhaltliche Würdigung wird dann folgen, wenn voraussichtlich im ersten Quartal 2026 die eigentliche Vorlage zum Standortentscheid und der strategischen Ausrichtung des KSBL vorliegt.

Aus Sicht der Kommission müssen im Bereich der Gesundheitsversorgung des Kantons an vielen Stellen Optimierungen vorgenommen und Veränderungen angestossen werden, insbesondere bezüglich Infrastruktur, finanziellen Ressourcen und Attraktivität des Spitals als Arbeitgeber. Inhaltlich wurde dieses Thema vertieft im Rahmen der Vorlage «befristetes Darlehen zur kurzfristigen Liquiditätssicherung des Kantonsspitals Baselland» ([2025/96](#)) diskutiert und in den entsprechenden Berichten von Finanzkommission und Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission dargelegt. Daraus wurde klar, dass es beim KSBL ein «Weiter so» nicht geben kann. Diesbezüglich verdeutlichte die Direktion, dass nur an wenigen Standorten im Kanton die Möglichkeit der Realisierung eines neuen Grundversorgerspitals überhaupt gegeben wäre. Ein Spital auf der grünen Wiese müsste aus Versorgungssicht das mittlere und obere Baselbiet abdecken und östlich von Basel liegen. Der Flächenbedarf liegt bei mindestens 45'000 m². Die zwei Standorte mit den besten Rahmenbedingungen liegen in Pratteln (Salina Raurica, Bredella Ost), wo derzeit Abklärungen zur Machbarkeit zu Themen wie betriebliche Eignung, Verkehr, Störfall, Lärm und Planverfahren laufen.

Parallel dazu und gleichwertig wird die Variante «Fokus plus ambulant» weiterverfolgt. Dabei werden die bestehenden Spitalstandorte Liestal und Bruderholz angepasst und gestärkt sowie durch regionale Gesundheitszentren ergänzt. Liestal bleibt als Zentrum für erweiterte Grundversorgung mit einem 24-Stunden-Notfall und ambulantem Zentrum erhalten. Auf dem Bruderholz wird auf die Bereiche Orthopädie, Rehabilitation, Altersmedizin und Schmerzklinik fokussiert. Als – für beide Varianten – ergänzendes wesentliches Element wäre der Aufbau regionaler Gesundheitszentren (inklusive der Anbindung an ein verdichtetes Netzwerk von Rettungsfahrzeugen) ähnlich dem bereits bestehenden Zentrum in Laufen vorgesehen; diese würden vom KSBL oder von privaten Partnern betrieben und die Versorgung in den Regionen sicherstellen.

Im Idealfall liegen bis Ende 2025 die Ergebnisse der Prüfungen vor. Auf dieser Basis kann dann entschieden werden, welche Variante in die daran anschliessende Schlussevaluation aufgenommen werden kann. Eine entsprechende Landratsvorlage wird bis Anfang 2026 erarbeitet und den Kommissionen sowie dem Landrat zum Beschluss vorgelegt werden, der bis Ende zweites Quartal 2026 erfolgen soll.

– *Ambulantisierung als Herausforderung und Chance*

Der Direktion brauchte die Kommission von der Notwendigkeit der verstärkten Ambulantisierung des medizinischen Angebots nicht zu überzeugen. Die demographischen Daten verdeutlichen die Dringlichkeit des Anliegens, denn bis ins Jahr 2043 wird der Anteil von Menschen im Kanton Basel-Landschaft, die älter als 75 Jahre sind, von heute 12 % auf 17 % steigen – oder in absoluten Zahlen um 18'000 Personen. Diese Zunahme der älteren Bevölkerung wirkt sich stark auf das Gesundheitssystem aus. Im Jahr 2022 lag die Hospitalisierungsrate in der Gemeinsamen Gesundheitsregion (GGR) mit 182 weit über dem Schweizerischen Durchschnitt von 150 (pro 1'000 Einwohner/innen). Ziel der Anstrengungen ist es, einen möglichst grossen Anteil an Fällen vom Spital

fernzuhalten und – wo sinnvoll und medizinisch vertretbar – in andere Strukturen (Hospital at Home, Gesundheitszentren, Spitex etc.) zu lenken. Hinzu käme ein Zusammenspiel mit Apotheken und Praxen. Mit Beginn des Projekts «Gesundheit BL 2030» wurden 17 verschiedene Massnahmen zur Ambulantisierung der Gesundheitsversorgung identifiziert. Dies alles entlastet nicht nur die Spitäler und ist als Behandlung günstiger, sondern verringert auch deutlich die Gefahr von Infekten und anderen Komplikationen, die aufwendige stationäre Nachbetreuungen nach sich ziehen können.

Können auf diesem Weg die angepeilten 10 % der heute rund 24'000 stationären Fälle im Bereich der Inneren Medizin ambulant behandelt werden, liesse sich laut Direktion im KSBL auf 10 bis 15 Spitalbetten verzichten. Ein Bett kostet in einem akutsomatischen Spital rund CHF 1,2 Mio. Fachleute gehen gar von einem Spitalbett-Ambulantisierungspotential von 20 % aus. Dies würde allerdings die Bereitstellung von ambulanten Infrastrukturen bedingen, die in der GGR derzeit (noch) nicht bestehen.

PwC erhielt von der Direktion zusätzlich den Auftrag, die Ambulantisierungsstrategie einer Prüfung zu unterziehen. Diese wird vom Unternehmen als sehr zukunftsgerichtet beurteilt und vorbehaltlos unterstützt. Allerdings bestehe im Vergleich mit ähnlichen Spitälern beim KSBL noch zusätzliches Potential. Insgesamt geht PwC davon aus, dass trotz der Ambulantisierung der stationäre Markt aufgrund der wachsenden und alternden Bevölkerung ungefähr gleich gross bleiben wird.

– *Fazit*

Gemäss Einschätzung des Prüfunternehmens PwC stellt die Variante «Grüne Wiese» die zukunftsweisendste Lösung dar. Sie birgt jedoch aufgrund offener Fragen zur Akzeptanz und des neuen Standorts auch Risiken. Die Variante «Fokus plus ambulant» erscheint in Bezug auf Umsetzbarkeit und Planbarkeit weniger risikobehaftet, weist allerdings im Hinblick auf langfristige Trends und Wirtschaftlichkeit gewisse Nachteile auf.

Die Kommission nahm diese Einschätzungen zur Kenntnis, legte sich jedoch nicht abschliessend auf eine der beiden Optionen fest. Grundsätzlich befürwortet sie die Weiterverfolgung und Stossrichtung der beiden Varianten. Unbestritten ist für die VGK die Wichtigkeit einer konsequenten Weiterentwicklung der Ambulantisierung. Als von zentraler Bedeutung für einen nachhaltig wirtschaftlichen Betrieb des KSBL sowie die Erreichung eines positiven Eigenkapitalwertes hebt die Kommission auch die erfolgreiche Umsetzung des Ergebnisverbesserungsprogramms in den kommenden Jahren hervor.

Die Kommission entschied sich dafür, den Landratsbeschluss, der ursprünglich nur aus einer Kenntnisnahme des Zwischenberichts bestand, zu ergänzen und zwei weitere Punkte aufzunehmen. Damit sollte das weitere Vorgehen betreffend der KSBL-Variantenprüfung verdeutlicht und verpflichtend festgelegt werden.

3. Antrag an den Landrat

://: Die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission beantragt dem Landrat mit 13:0 Stimmen, den geänderten Landratsbeschluss zu beschliessen.

13.08.2025 / mko

Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission

Lucia Mikeler Knaack, Präsidentin

Beilage

– Landratsbeschluss (von der Kommission geändert)

Landratsbeschluss

betreffend Zwischenbericht zu den beiden Postulaten 2023/498 «Stopp den Prämienanstieg – Fiasko Spitalinfrastrukturen frühzeitig abwenden» sowie 2023/621 «Eine verbindliche Kooperation der Spitäler der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt»

vom **Datum wird durch die LKA eingesetzt.**

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Vom Zwischenbericht zum Postulat 2023/498 «Stopp den Prämienanstieg – Fiasko Spitalinfrastrukturen frühzeitig abwenden» sowie zum Postulat 2023/621 «Eine verbindliche Kooperation der Spitäler der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt» wird Kenntnis genommen.
2. Die nachträglich geprüfte Variante «Rückzug (Regionalspital)» wird nicht weiterverfolgt.
3. Die vom Regierungsrat vorgelegten Varianten «Grüne Wiese» und «Fokus plus ambulant» werden zur vertieften Prüfung empfohlen und weiterverfolgt.

Liestal, **Datum wird durch die LKA eingesetzt.**

Im Namen des Landrats

Der Präsident:

Die Landschreiberin: